

Der Völkermord an den Armeniern beschäftigt Tagung in Berlin

# EU-Kandidat Türkei leugnet die Vergangenheit

Von ASCHOT MANUTSCHARJAN

Wir werden von uns aus keinen Dialog mit Ankara führen. Jetzt sind die Türken am Zug. 1915 lebten im Osmanischen Reich fünf Millionen Christen, heute sind nur wenige 100 000 übrig geblieben", empört sich Gerayer Kotscharjan, ein Berliner armenischer Abstammung. „Wenn wir noch einige Jahre warten, dann lebt in der Türkei kein einziger Christ mehr.“ Zum ersten Mal diskutierten vor kurzem im Berliner „Haus der Demokratie“ die Vertreter der armenischen und türkischen Gemeinschaft Deutschlands mit Experten aus Wissenschaft und Politik über die Bereitschaft der Türkei, sich kritisch mit ihrer Vergangenheit auseinander zu setzen; und damit ein Kriterium für ihre Aufnahme in die Europäische Union zu erfüllen.

Zu der Podiumsdiskussion hatte Tessa Hofmann, Osteuropa-Expertin an der FU Berlin, eingeladen. Sie engagiert sich seit 25 Jahren für die Anerkennung des Völkermords an den Armeniern, der zwischen 1915 und

1923 in der Türkei organisiert und exekutiert wurde. In diesen acht Jahren wurden 1,5 Millionen Armenier, aber auch andere Minderheiten wie zum Beispiel 500 000 Aramäer, Opfer der jungtürkischen Politik. Mit diesem traurigen Thema hatten sich die Politiker Europas bereits beschäftigt: In dem Entschließungsantrag für „eine politische Lösung der armenischen Frage“ hatte das Europäische Parlament 1987 beschlossen, vor einem EU-Beitritt müsse sich Ankara klar zu diesem Genozid bekennen. Dieses Schuldbekennnis fiel allerdings sang- und klanglos unter den Tisch, als der EU-Gipfel von Helsinki die Türkei im Dezember 1999 in den Kandidatenstatus erhob.

„Mit der Verleihung des Kandidatenstatus geht keine positive innenpolitische Entwicklung in der Türkei einher“, erklärte Prof. Udo Steinbach, Direktor des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg. Das zeige sich besonders deutlich in der türkischen Minderheitenpolitik. Allerdings müsse in diesem Fall der NATO-Partner Türkei nicht mit einer Intervention

rechnen wie sie im Kosovo erfolgt sei. Schließlich könne die Atlantische Allianz dem Mitglied Türkei nicht den Stuhl vor die Tür setzen, denn die Folge wäre „ein Militärstaat“. Sollte die Türkei ihre Probleme jedoch nicht bald in den Griff bekommen, werde sich der kleinasiatische Staat mit seiner „unberechenbaren Außenpolitik“ nicht nur zu einer Bedrohung für den Kaukasus entwickeln, sondern auch für Europa. Allerdings lehnte es der renommierte Hamburger Wissenschaftler ab, den EU-Beitritt der Türkei von der Anerkennung des Völkermords - so die Forderung der armenischen Seite - abhängig zu machen. „Das ist der falsche Weg“, meinte Steinbach. Ankara werde sich darauf nicht einlassen. Im Übrigen sei die Frage der Anerkennung des Genozids nicht das Kernproblem. Vielmehr müsse es gelingen, dass sich der türkische Staat unwiderruflich demokratisiere.

Gabriel Celik ist einer von 20000 Aramäern, die heute in Deutschland leben. Er spricht die Sprache, die vor 2000 Jahren Jesus von Nazareth ge-

sprochen hat. Nachweislich wurden in der Türkei 500000 seiner christlichen Landsleute ermordet. Der Duisburger Student berichtet: „Meine Großeltern erzählten, dass sie die ersten Gerichte, die sie Ostern 1915 von der Ermordung der Armenier erreichten, nicht ernst genommen hätten. Erst als sich das Wasser im Tigris eines Tages rot gefärbt hätte und die unzähligen Leichen angetrieben worden wären, hätte man den vermeintlichen Gerüchten Glauben geschenkt. Aber es sei zu spät gewesen. Türkische und kurdische Einheiten hätten die aramäischen Dörfer im Handstreich besetzt und alle Christen abgeschlachtet.“

Dieses Verbrechen habe bei den Aramäern „genetische Spuren hinterlassen“, fährt Gabriel Celik leise fort. „Vor dem Beitritt der Türkei in die EU fordern wir deshalb die Anerkennung des Völkermordes an unserem Volk. Eine einfache Entschuldigung reicht uns nicht“, betont er. Außerdem müsse Ankara zumindest die Kirchen und Klöster ihren Eigentümern zurückgeben.

Es hat 85 Jahre gedauert, bis ein Türke öffentlich fordert, dass Ankara den Völkermord an den Armeniern anerkennen müsse. Einzig zu diesem Zweck gründete Ali Ertem aus Frankfurt am Main den „Verein der Völkermordgegner“ und sammelte bei den in Deutschland lebenden Türken bislang 11000 Unterschriften. „Manche haben Angst und unterschreiben nicht. Solange den nachfolgenden Generationen jedoch keine Gerechtigkeit widerfährt, müssen wir damit leben, dass uns die Armenier in ihren Liedern als Verbrecher besingen. Und das wollen wir nicht“, meint Ertem.

„Wir könnten auch anders diskutieren, wären hier keine türkischen Pressevertreter anwesend“, unterstreicht der Türkei-Flüchtling Ozan Ceyhun. „Ich weiß nur zu gut, was sie aus dieser Diskussion heraus holen werden, um ihr Feindbild gegenüber allem Fremden zu bestätigen“, ergänzt der heutige Europa-Abgeordnete.

Mit einem wissenden Lächeln stimmt ihm Prof. Steinbach zu.